



PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Harald Wirth

Zi.Nr.: 207

Tel. 08122/58-1114
Fax 08122/58-1109
harald.wirth@lra-ed.de

Erding, 21.12.2006
Az.:

55. Sitzung des Kreisausschusses am 12.12.2006

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Becker, Manfred
Gotz, Maximilian
Lackner, Helmut
Ließ, Inge i.V.v. Schmidt Horst
Mittermeier, Jakob
Reingruber, Karlheinz
Rötzer, Marianne
Rübensaal, Siegfried
Schwimmer, Hans i.V.v. Schwimmer Jakob
Steinberger, Friedrich i.V.v. Meister Michaela
Sterr, Josef

sowie als Vorsitzender:

Bayerstorfer, Martin

von der Verwaltung:

Wirth Harald
Fischer Heinz
Eixenberger Anton
Helfer Helmut
Mayer, Elfriede (Protokoll)
Centner, Christina

Ferner nehmen teil:

Rechtsanwalt Stolz von der Kanzlei Kraus, Sienz und Partner, München (TOP 1)

Herr Wieder vom Ing.Büro Wieder (TOP 1)

Herr Ammer, Geschäftsführer der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding (TOP 2)



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Lieferung von elektrischer Energie
Ausschreibung für die Liegenschaften des Landkreises Erding im Bereich der Kreisstadt Erding
Vorlage: 2006/0079
2. Wohnbauförderprogramm des Landkreises;
Wohnbau-Aufwendungsdarlehen
Vorlage: 2006/0084
3. Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding -
Bericht
Vorlage: 2006/0083
4. Haushaltsberatung 2007
Vorlage: 2006/0082
5. Bekanntgaben und Anfragen



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreisausschusses am 12.12.2006

1. Lieferung von elektrischer Energie Ausschreibung für die Liegenschaften des Landkreises Erding im Bereich der Kreisstadt Erding Vorlage: 2006/0079

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet **der Vorsitzende** um Zustimmung, den Tagesordnungspunkt 4 „Lieferung von elektrischer Energie; Ausschreibung für die Liegenschaften des Landkreises Erding im Bereich der Kreisstadt Erding“ als Tagesordnungspunkt 1 zu behandeln, weil dazu Rechtsanwalt Stolz anwesend sei.

Damit besteht allgemein Einverständnis.

Der Vorsitzende erklärt, Kreisrat Reingruber habe nochmals gebeten, das Thema zu behandeln, obwohl schon eine Entscheidung seitens des Ausschusses getroffen worden ist. Nachdem aber im Internet Informationen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit nachzulesen sei und die Frage entstanden ist, ob nicht tatsächlich auch eine alternative Ausschreibung möglich sei, sollte dieses Thema nochmals beraten werden.

Rechtsanwalt Stolz habe das Ganze nochmals überprüft und bestätigt, dass entgegen der Alternativausschreibung entweder Ökostrom oder eine konventionelle Ausschreibung ohne Vorgabe Ökostrom ausgeschrieben werden sollte. Der Mindestbieter würde dann den Zuschlag bekommen.

Rechtsanwalt Stolz erklärt, es gibt theoretisch unterschiedliche Möglichkeiten einer Ökostromausschreibung. Dabei kommen zwei Varianten in Betracht. Eine Variante, die das Bundesministerium in seiner Arbeitshilfe darstellt wäre, die CO₂-Minderung als Zuschlagskriterium zu nehmen. Die andere Möglichkeit wäre grundsätzlich die reine Ökostrom-Ausschreibung.

Eine alternative Ausschreibung, mit 100 % Ökostrom und daneben eine Ausschreibung ohne Ökostrom hält er aus vergaberechtlichen Gründen für äußerst problematisch. Wenn beide Varianten zugelassen werden, wäre nur die Variante denkbar, bei der die Zuschlagskriterien unterschiedlich bewertet werden, wie es in der Arbeitshilfe aufgeführt sei. Aus rechtlicher Sicht seien dabei allerdings verschiedene Dinge zu berücksichtigen. Dabei stellt sich die Frage, ob die Voraussetzungen erfüllt werden können, egal ob der Ökostromanteil als Leistungsvorgabe gemacht wird oder als Zuschlagskriterium. Es muss überprüfbar sein, ob die Angaben, die im Angebot gemacht werden, zutreffen und auch eingehalten werden können. Das heißt, wenn ein Anbieter Angaben macht, er liefert nur Strom aus erneuerbaren Energien, muss das auch überprüfbar sein. Inwieweit eine Überprüfung möglich sei, dazu müsse Herr Wieder etwas sagen. Ent-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

scheidend für den Auftraggeber wird sein, dass es überprüfbar sein muss, weil es keinen fairen Wettbewerb geben kann, wenn jeder Angaben machen kann, die nicht überprüfbar wären.

Der Vorsitzende ergänzt, für den Landkreis stellt sich von der Entscheidungsgrundlage her die Frage, ob eine alternative Ausschreibung sinnvoll sei oder nicht.

Durch die Veröffentlichung des Bundesministeriums hat sich nochmals die Frage ergeben, ob das wirklich so sei. Rechtsanwalt Stolz bleibt bei der Überlegung, eine alternative Ausschreibung sei nicht zu empfehlen. Entweder sollte rein Ökostrom ausgeschrieben werden oder eine freie Stromausschreibung.

Herr Stolz antwortet, es gibt eine rein alternative Ausschreibung entweder 100 % Ökostrom oder ohne Ökostrom. Das kommt seiner Meinung nach nicht in Betracht. Es gibt aber theoretisch trotzdem zwei Möglichkeiten, eine reine Ökostromausschreibung oder die Ausschreibung mit den Zuschlagkriterien, Preis und CO₂-Mindrung. Dabei müssen die Gewichtungen festgelegt werden. Der entscheidende Punkt aus rechtlicher Sicht sei, ob die Angebote auch überprüft werden können. Wenn die Angaben im Angebot zu den Kriterien nicht überprüfbar sind, hält er eine Ökostromausschreibung rechtlich für fragwürdig und anfechtbar.

Herr Wieder ergänzt, beim Abnehmer sei es messtechnisch nicht differenzierbar, welcher Strom sich in der Leitung befindet. Es kann z.B. von großen Konzernen wie e.on oder RWE ein Bezugsnachweis vorgelegt werden. Es sei aber nicht überprüfbar, inwieweit die Vorgaben eingehalten werden. Es wäre möglich, bei den Überlandwerken als kleiner Energieversorger den Nachweis zu überprüfen, weil hier ein enormer Zukauf notwendig wäre.

Kreisrat Reingruber bedankt sich, dass das Thema nochmals beraten wird. Erst nach der letzten Sitzung sei ihm abends diese Arbeitshilfe des Bundesministeriums per Internet zugänglich gemacht worden.

2001 waren bereits die ersten Bestrebungen, Ökostrom ausschreiben zu können. Das Ganze sei mit Sicherheit nicht einfach, aber machbar. Natürlich werde sich Ökostrom deutlich im Preis unterscheiden. Aber aufgrund des weltweiten Klimawandels müsse im öffentlichen Bereich etwas dagegen getan werden. Sein Vorschlag sei, um mindestens den Vorgaben gerecht zu werden, dass der CO₂-Ausstoß mindestens um 30 % verringert werden müsste. Er meint, auch wenn es für den Landkreis teurer kommen würde, müsste Ökostrom ausgeschrieben werden. Der Liefernachweis sei überprüfbar, nicht messbar. Die Herstellung sei eine andere. Rechtsanwalt Stolz müsse sagen, wie der Landkreis ausschreiben soll, wenn er zu 100 % Ökostrom haben möchte.

Der Vorsitzende weist darauf hin, beim letzten Mal war die Überlegung, beides anbieten zu lassen. Rechtsanwalt Stolz sagt aber, das sei problematisch. Entweder müsse sich der Landkreis auf eine Ausschreibung mit Ökostrom festlegen oder auf eine freie Angebotswahl.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Er meint, über Ökostrom kann geredet werden, aber regionale Anbieter seien ihm sehr wichtig, die aber nicht als reine Ökostromanbieter auftreten. Das könne aber in der Ausschreibung nicht gesteuert werden. Er verliert daraufhin die Auflistung „Ökostrom 2006“: z.B. Energie und Wasserwerke in Bauzen; Umweltstrom – Aufschlag 1,02 Cent pro Kilowattstunde; Mainova AG Frankfurt – Aufschlag 4 Cent pro Kilowattstunde; Naturstrom Rheinland Pfalz GmbH – plus 2 Cent, usw. Die Preise seien sehr unterschiedlich. Das Ganze müsste über den CO₂-Ausstoß geregelt werden.

Rechtsanwalt Stolz merkt an, das wäre ein Kriterium, das im Verhältnis zum Preis gesetzt werden könnte. Die Arbeitshilfe vom Bundesministerium setzt sich mit den rechtlichen Möglichkeiten auseinander, aber in den entscheidenden Punkten, der Messbarkeit und Überprüfbarkeit, setzt sich die Arbeitshilfe leider nicht damit auseinander. Das sei aber entscheidend. Der Europäische Gerichtshof habe ein sehr langes Statement dazu abgegeben und habe diese Art der Ausschreibung auch daran scheitern lassen. Er betont, er habe letztes Mal nicht gesagt, dass das nicht möglich sei, dass das aber sehr schwierig sei.

Kreisrat Reingruber merkt an, die Preisliste, die der Vorsitzende verlesen hat, seien unterschiedliche Festpreise. Es handelt sich um 1 Cent und 1,2 Cent Unterschied. Wenn damit aber eine 30 %ige Minderung des CO₂-Ausstoßes erreicht werden kann, wäre auch zu prüfen, ob diese Minderung auch erreicht wird. Das Problem ergibt sich nicht im rein regenerativen Bereich. Auch er hätte am liebsten einen regionalen Anbieter. Er glaubt, dass die kleineren Anbieter eher die Möglichkeit haben, Ökostrom anzubieten, als große Unternehmen. Die Problematik haben die kleinen Anbieter alle, dass sie gegen große Konzerne ankämpfen müssen.

Der Vorsitzende bittet Kreisrat Reingruber, seinen Antrag zu formulieren, nachdem es bereits eine gültige Beschlusslage gibt.

Kreisrat Reingruber stellt folgenden **Antrag**:

Bei den Strombezugskosten ist eine Versorgungsausschreibung mit regenerativer Energieform durchzuführen.

KA/0322-08

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 11 : 1 Stimmen.**
(Gegenstimme: KR Reingruber)

Kreisrat Reingruber stellt weiter den **Antrag**:

In der Ausschreibung sei als Kriterium eine 30 %ige Minderung des CO₂-Ausstoßes aufzunehmen.

Der Vorsitzende sieht eher die Möglichkeit, wenn die Ausschreibung konventionell gestaltet wird, weil die Versorger nicht die Möglichkeiten haben, das so anzubieten.

Kreisrat Reingruber merkt an, wenn der Klimawandel betrachtet wird, müsse dagegen etwas unternommen werden, wenn es auch vielleicht den

eigenen Geldbeutel betrifft. Mit Sicherheit sei Ökostrom ca. 10 % teurer. Er meint, die Öffentlichkeit sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende weist darauf hin, im Landkreis Erding gibt es bereits sehr umweltfreundliche Energieformen. Gerade mit der Geowärme werde ein sehr hoher Energieanteil erzielt und die Umwelt um zigtausend Tonnen CO₂ entlastet. Der Landkreis habe mit der Geowärme eine große Vorreiterrolle übernommen.

Ein Greenpeace-Mitarbeiter habe öffentlich gesagt, „die CO₂-Belastung sei mit den Kernkraftwerken am niedrigsten. Insgesamt sei aber diese Technik umstritten.“ Er sei sich deshalb nicht sicher, ob mit einer Ausschreibung Ökostrom dann das richtige erreicht wird.

Kreisrat Steinberger merkt an, das gleiche gilt auch für die Stadt Erding. Auch die Energieversorgungsbetriebe der Stadt Erding leisten einiges zum Umweltschutz. Die Problematik ist, wenn diese Unternehmen dann Strom verkaufen wollen, dürfen sie das nicht, weil zu viele Hürden, z.B. CO₂-Belastung, usw. aufgestellt werden. Letztendlich sei es aber nicht feststellbar, was über das Netz kommt, weil am Ende doch die Durchleitungsgebühren ausschlaggebend seien.

Kreisrat Schwimmer merkt an, der Landkreis Erding steht in dem Bereich nicht schlecht da, weil viele Betriebe nach dem EEG-Gesetz regenerative Energie (Biogasanlagen, usw.) in ein Mixsystem einspeisen.

Der Vorsitzende meint, bei den regionalen Versorgern sei dann ein Teil regenerativer Energie gewährleistet, eine CO₂-Ausstoßminderung sei aber schwierig nachzuweisen.

Herr Wieder merkt an, ein 100 %iger Weg, CO₂ zu verhindern wäre, dass Photovoltaikanlagen gefördert würden. Dieser Strom aus diesen Anlagen wird in einen Verbund eingespeist. Die Einspeisung sei 100 % überprüfbar. Somit wäre die bessere Überwachung die ökologische Einspeisung.

Daraufhin bringt **der Vorsitzende** den *Antrag von Kreisrat Reingruber* zu Abstimmung:

KA/0323-08

„In der Ausschreibung sei als Kriterium eine 30 %ige Minderung des CO₂-Ausstoßes aufzunehmen.“

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 10 : 2 Stimmen.**
(KR Reingruber und KR Steinberger)

2. Wohnbauförderprogramm des Landkreises; Wohnbau-Aufwendungsdarlehen Vorlage: 2006/0084

Der Vorsitzende erklärt zur versandten Vorlage, 1982 habe der Landkreis das Wohnbauförderprogramm eingeführt. In der Zwischenzeit sei eine stattliche Zahl von Anträgen genehmigt worden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Es steht fest, dass es Einzelfälle geben wird, bei denen eine Finanzierung ohne dieses Wohnungsbauaufwendungsdarlehen des Landkreises dann knapp sei und es auch andere staatliche Mittel nicht geben wird.

Kreisrat Mittermeier ergänzt, 1982 sei dieses Wohnbauförderprogramm eingeführt worden, weil die Wohnungssituation prekär war. Die Not war damals erkennbar. Diese Wohnbauförderung sei keine Pflichtaufgabe, sondern eine Freiwillige Leistung des Landkreises. Mittlerweile engagiert sich der Landkreis stark in der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft, die in den letzten Jahren einiges an Wohnraum geschaffen hat. Er denkt, sollte wieder Wohnungsnot erkennbar sein, könnte diese Freiwillige Leistung wieder eingeführt werden.

Er spricht sich dafür aus, dass diese Freiwillige Leistung aber jetzt eingestellt werde und sich der Landkreis weiterhin bei der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft beteiligen sollte.

Kreisrat Becker macht darauf aufmerksam, der Landkreis müsse für die Gewährung dieser Freiwilligen Leistung selbst einen Kredit aufnehmen und kann nicht mehr aus den Rücklagen finanziert werden.

Kreisrat Reingruber formuliert es so: ... weil der Landkreis selbst Schulden machen müsste, um diese Freiwillige Leistung zu finanzieren, soll diese Wohnbauförderung eingestellt werden.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0324-08

Die Bewilligung von Wohnbau-Aufwendungsdarlehen für Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Erding wird **zum 31.12.2006** eingestellt

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

3. Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding - Bericht Vorlage: 2006/0083

Der Vorsitzende begrüßt den Geschäftsführer der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding und bittet um den jährlichen Bericht.

Herr Ammer erklärt den an die Kreisausschussmitglieder versandten Vorlagebericht. Aufgabe der Gesellschaft sei es, für eine sichere und sozialverantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung zu sorgen. Zum Stand 31.12.2005 seien in Isen, Erding und Dorfen insgesamt 86 Wohnungen errichtet worden. Ein weiteres Objekt in Erding, Sigwolfstraße mit 45 Wohnungen sei am 30.09.2006 fertig gestellt worden. Von diesen Wohnungen seien bereits 36 vermietet. 107 Personen, darunter 44 Kinder, zwei Schwerstbehinderte und mehrere Behinderte haben ein neues Zuhause gefunden. Es seien noch neun Wohnungen (3-



LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

Zimmer-Wohnungen) frei. Die Mietpreise liegen deutlich unter den ortsüblichen Mieten. Er weist darauf hin, wenn in Gemeinden noch Wohnungsbedarf sei, könnte über Herrn Jankovsky im Landratsamt ein Antrag gestellt werden.

Weiter erklärt Herr Ammer, 2006 haben drei Gemeinden den Austritt aus der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft erklärt. Er sei aber mit den Herren Bürgermeistern noch im Gespräch.

Der Vorsitzende merkt an, vom Gesamtanteil der Gesellschafteranteile würden die drei Gemeinden 1,47 % ausmachen. Es scheint aber wichtig zu sein, dass diese Gemeinden nochmals überlegen, warum sie austreten möchten. Es sei sinnvoll, in Problemfällen auch zu helfen, weil dieses Klientel in einzelnen Gemeinden nicht so günstig untergebracht werden kann, z.B. wegen der Verkehrserschließung, usw. Die Herren Bürgermeister haben ihm mitgeteilt, es hängt von der Haushaltslage der Gemeinde ab, ob sie weiter Mitglied sein können. Nachdem die Gemeinden immer wieder auch von der Kommunalaufsicht darauf hingewiesen werden, über Freiwillige Leistungen nachzudenken, haben sie den Austritt angekündigt. Er habe Herrn Ammer gebeten, noch vor Weihnachten diesbezüglich mit den Herren Bürgermeister ein Gespräch zu führen.

Entscheidend für die Wirtschaftlichkeit seien die Baumaßnahmen. Dieses neue Projekt an der Sigwolfstraße sei bereits 2004 auf 5,8 Mio € geschätzt worden. 200.000 € Abschreibungen seien vergeblich für die Planung im Preis enthalten, weil ein neues Modell der Finanzierung gewählt worden sei. Insgesamt haben sich aber nun Baukosten von nur 4,9 Mio. € ergeben. Dieses Projekt sei werthaltig bei einer schnellen Bauzeit errichtet worden. Er bedankt sich hierbei auch bei den Mitarbeitern im Amt, die die Arbeit, die verrechnet wird, für die Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft geleistet haben. Ab 2008 könne damit gerechnet werden, dass sich mit dem Neubauprojekt die wirtschaftliche Situation der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft deutlich verbessert.

Kreisrätin Ließ verweist auf die Abrechnung 2005. Die Zahlen für das neue Projekt seien hier nicht enthalten. Sie möchte wissen, warum 2005 die Abschreibungen 119.247,52 € und im Jahr davor fast dreimal so viel betragen.

Herr Ammer antwortet, 2004 seien die 200.000 € für die vergebliche Planung enthalten.

Nach kurzer Diskussion bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0325-08

Dem Kreistag wird empfohlen, den Bericht über die Geschäftstätigkeit der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding mbH zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**



Kreisrat Reingruber fragt, wenn 2005 abgerechnet ist, wie hoch der Verlustvortrag sei.

Herr Ammer antwortet, es ergibt sich ein Verlustvortrag von ca. 100.000 €, der sich im Lauf der nächsten Jahre reduziert.

Die tatsächlichen Werte haben sich in den letzten Jahren wesentlich erhöht. Dies sei in diesen Ansätzen auch ersichtlich.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Ammer für den Bericht.

4. Haushaltsberatung 2007 **Vorlage: 2006/0082**

Der Vorsitzende erklärt, gegenüber dem ursprünglichen Entwurf haben sich eine Reihe von Änderungen ergeben. Es fanden insgesamt drei Besprechungen mit den Fraktionsvorsitzenden statt, bei denen er über die jeweiligen Entwicklungen informiert habe.

Er führt aus: „Das Volumen des Verwaltungshaushaltes steigt gegenüber dem Vorjahr um 3.127.000 Mio €, 3,6 %. Der Anstieg bei der Umlagekraft ist bei 2,89 % bei einem gleichen Hebesatz von 51,4 %. Das würde eine Steigerung von 1.267.217 Mio € bedeuten. Bei den Schlüsselzuweisungen wurden Mehreinnahmen von 911.012 € zugrunde gelegt. Nach heutigen Informationen werde diese Summe nicht ganz erreicht. Trotz Umlagesteigerung sei damit gerechnet worden, dass auch die Schlüsselzuweisungen deutlich mehr werden. Aufgrund der Größenordnung habe sich die Kämmererei aber nur gering verschätzt. 858.000 € wird der Landkreis Erding bekommen, rund 53.000 € weniger, die noch irgendwo eingespart werden müssen. Er schlägt vor, diesen Betrag bei der Grunderwerbssteuer einzuplanen.

Eine Verbesserung bei den Ausgaben ergibt sich durch die Senkung der Bezirksumlage um 1,4 %-Punkte.

Dazu liegt ein Antrag der CSU-Fraktion vom 28.11.2006 vor. Mit den Fraktionsvorsitzenden sei besprochen worden, dass 0,6 %-Punkte an die Gemeinden zur Senkung der Kreisumlage weitergegeben werden. Das bedeutet, dass nicht 1.226.000 Mio € dem Vermögenshaushalt zugeführt werden, sondern nur 1 Mio €, weil 250.000 € noch für die Sanierung der Trinkwasserleitung am Anne-Frank-Gymnasium veranschlagt werden müssen.

Es kommen noch weitere Mehrkosten auf den Landkreis zu. Zum Beispiel bei Hartz IV 521.800 €, bei der Sozialhilfe 173.530 €, bei der Grundsicherung gegenüber dem letzten Jahr um 99.500 €. Der Landkreis habe höhere Zinsausgaben für Kredite mit 472.400 €, höhere Personalkosten mit 381.950 €, Mehrkosten beim Bauunterhalt mit 189.200 €, höhere Kosten für Heizung und Strom mit 124.950 €, weniger Erstattungen vom Kreis-krankenhaus für die Personalverwaltung und die Arbeitssicherheit mit 106.800 €, mehr Zuführung an den Vermögenshaushalt gegenüber dem Vorjahr von nur 797.200 €. Er erinnert, dass im letzten Jahr noch der Aus-



gleich für die Mehrkosten von Hartz IV mit rund 203.000 € war. Dies zusammen ergibt eine Gesamtzuführung von 3.500.000 Mio €

Kreisrat Rübensaal merkt an, nach den Besprechungen mit den Fraktionsvorsitzenden sei mit einem Brief von Ministerin Stewens die Hartz IV-Abrechnung für 2005 vorgelegt worden. Dabei sei auch der Pool für 2006 angesprochen worden und dass der Landkreis mit 1,93 € pro Einwohner entlastet wird. Es wird gesagt, dies ergebe dann eine Null-Belastung bei Hartz IV. Die Landkreise seien also damit nicht mehr belastet. Der Vorsitzende habe aber jetzt gesagt, dass es doch ein Minus gibt.

**LANDKREIS
ERDING**

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende antwortet, der Landkreis habe nicht die Datenhoheit, die ausschließlich bei der Arbeitsagentur liegt und habe auch keinen Zugriff auf das Programm A2-LL. Bei der ARUSO werde eine Parallel-Statistik geführt, wie viele Fälle es aufgrund der Auszahlungen gibt. Zudem gibt es die Problematik, dass die damaligen Ausgaben für die Sozialhilfe gegenübergestellt werden. Dabei sei festzustellen, dass es gegenüber den früheren Ausgaben bei der Sozialhilfe einen deutlichen Unterschied gibt. Dabei sollte auch mitgerechnet werden, dass z.B. die Personalkosten für den Leiter der ARUSO, Herrn Stadick, als Staatsbediensteter, dem Landkreis erstattet werden müssten. Alles zusammen gerechnet ergibt ein Minus.

Ein Beispiel dafür seien auch die Mehrkosten für die Grundsicherung. Bei einem Zuschussbedarf von ca. 973.000 € sei der Bundesanteil 10 %. Das Ganze sei eingeführt worden und das Kanzlerwort war, dass es für die Kommunen kostenneutral sein wird. Tatsächlich müsse der Landkreis ca. 973.000 € dafür aufwenden.

Kreisrat Becker merkt an, es gibt ein Schreiben des Bayer. Landkreistages vom 11.12.2006 und bittet, dies in Kopie zu bekommen.

Dies sichert **der Vorsitzende** zu. Er merkt an, 2007 beträgt die Beteiligungsquote des Bundes bayernweit nicht mehr 31,1 %, sondern 31,2 %. Dies ergibt 6.400 € mehr an Einnahmen. Er verweist auf die ausgeteilten Tischvorlagen.

Auch beim Zweckverband kommunale Schwangerenberatung sei nach Mitteilung vom 02.11.2006 die Verbandsumlage um 6.850 € für den Landkreis Erding erhöht worden.

Kreisrat Rübensaal merkt an, noch ein Punkt, der nach der Besprechung mit den Fraktionsvorsitzenden sich ergeben hat sei, dass es heuer wieder eine Reihe von Gemeinden geben wird, die 2006 ihre Mindestzuführung nicht erwirtschaften können. Der Landkreis habe eine festgelegte Zuführung von rd. 3,6 Mio €. Er denkt, es gibt dazu einen gewissen Erklärungsbedarf.

Der Vorsitzende verliest anhand einer Auflistung die Zuführung der Gemeinden 2005:

Gemeinde Berglern: Ansatz 35.000 € - Ergebnis 76.000 €

Gemeinde Bockhorn: Ansatz 156.000 € - Ergebnis 719.000 €

Gemeinde Buch a. Buchrain: Ansatz 47.000 € hat ein minus von 66.000 €



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Stadt Dorfen: 611.000 € Zuführung geplant - 1.950.000 Mio € zugeführt
Gemeinde Eitting: 190.000 € Zuführung geplant - 714.000 € zugeführt
Stadt Erding: 860.000 € Zuführung geplant - 8.690.000 Mio € zugeführt
Gemeinde Finsing: 63.000 € Zuführung geplant - 768.000 € zugeführt
Gemeinde Forstern: 276.000 € Zuführung geplant - 460.000 € zugeführt
Gemeinde Fraunberg: 241.000 € geplant - 428.000 € zugeführt
Gemeinde Hohenpolding: 23.800 € geplant - 71.579 € zugeführt
Gemeinde Inning a. H.: 4.200 € geplant - 40.000 € zugeführt
Gemeinde Isen: 47.000 € geplant - 448.000 € zugeführt
Gemeinde Kirchberg: 45.100 € geplant - 29.091 € tatsächlich zugeführt
Gemeinde Langenpreising: 87.000 € geplant - 85.000 € zugeführt
Gemeinde Lengdorf: 34.500 € geplant - 250.000 € zugeführt
Gemeinde Moosinning: 150.000 € geplant - 246.000 € zugeführt
Gemeinde Neuching: 26.000 € geplant - tatsächlich 268.000 € zugeführt
Gemeinde Oberding: 499.000 € geplant - 2.481.000 Mio € zugeführt
Gemeinde Ottenhofen: 0 € geplant - 132.800 € zugeführt
Gemeinde Pastetten: minus 19.350 € geplant - trotzdem ein Plus von 22.840 € erreicht
Gemeinde Sankt Wolfgang: 262.000 € geplant - 408.000 € zugeführt
Gemeinde Steinkirchen: minus 49.800 € geplant - tatsächlich 33.666 € zugeführt
Gemeinde Taufkirchen/Vils: 800.000 € geplant - 1.757.000 Mio € zugeführt
Gemeinde Walpertskirchen: 288.000 € geplant - schließlich 230.000 € zugeführt
Gemeinde Wartenberg: 1.455 € geplant - 334.000 € zugeführt
Gemeinde Wörth: 309.000 € geplant - 824.000 € zugeführt.

Der Vorsitzende erklärt, es gibt natürlich große Unterschiede.

Im Vergleich waren im Landkreishaushalt 2.500.000 Mio € an Zuführung eingeplant, 2.570.000 Mio € Zuführung sei erreicht worden.

Die Gemeinden haben vorsichtig ihre Haushaltsansätze kalkuliert und er zeigt sich froh und dankbar darüber, dass sich in den meisten Fällen eine deutliche Besserung ergeben hat.

Kreisrat Reingruber merkt an, wenn die Stadt Erding und die Gemeinde Oberding aus der Aufstellung genommen würden, zeigt sich ein anderes Bild. Es seien zwei Gemeinden (Buch a. B. und Kirchberg) dabei, die ihre Mindestzuführung nicht oder nur knapp erreicht haben.

Der Vorsitzende antwortet, natürlich gibt es keine Entwarnung. Deshalb spricht er sich auch für eine Entlastung bei der Kreisumlage aus.

Der Landkreis hat 2005 1.103.000 Mio € mehr Kredite aufgenommen. Die Gemeinden seien also entlastet worden, weil der Landkreis Kredite aufgenommen hat.

Kreisrat Rübensaal merkt an, korrekterweise müsse gesagt werden, dass in den Schulden der Gemeinden auch Baulandausweisungen, usw. finanziert werden.



LANDKREIS
ERDING

Kreisrat Becker meint, realistischerweise müsste gesagt werden, dass der Landkreis gar keine Schulden haben sollte. Jedes Jahr gibt es wieder einen Bericht darüber, dass die Kreisumlage von der Konzeption her eine Defizitfinanzierung sei und der Landkreis die Mittel, die er braucht, sich über die Kreisumlage von den Kommunen holen soll. Das sei aber nicht so einfach möglich.

Es muss berücksichtigt werden, dass der Landkreis in den letzten Jahren rd. 2,4 Mio € weniger von den Gemeinden vereinnahmt hat. Er denkt, es sei ein fairer Vorschlag und darüber sei auch lange in der Fraktion diskutiert worden, dass sich die Gemeinden und der Landkreis den Schaden teilen sollten, denn die Investitionen, die der Landkreis getätigt hat „sien nicht von Pappe“.

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Reingruber stellt fest, der Landkreis finanziert nach wie vor durch die Kreisumlage ein Defizit. Die Schulden des Landkreises werden von den Gemeinden finanziert. Eigentlich sei die Schallmauer überschritten, wenn irgendein Landkreis von seinen Gemeinden mehr als 50 % an Kreisumlage nimmt. Damit werde den Gemeinden die Hälfte dessen genommen, was zur Verfügung steht. Der Landkreis müsse so schnell wie möglich wieder unter diese 50 % Kreisumlage kommen.

Der Vorsitzende ergänzt, der Landkreisanteil bei der Kreisumlage sei ca. 30 %, weil davon ein Anteil auch an den Bezirk weitergegeben werden muss. In der Vergangenheit sei es so praktiziert worden, dass der Betrag, den der Bezirk mehr verlangt hat, auch an die Gemeinden weitergegeben worden sei. Jedoch habe der Landkreis diese Erhöhung 2004, aufgrund der schlechten Haushaltslage der Gemeinden, nicht in voller Höhe weitergegeben.

Kreisrat Rübensaal berichtet, seine Gemeinde habe in den letzten 10 Jahren 6,7 Mio € an Einnahmen gehabt und 7,6 Mio € an Kreisumlage gezahlt. Diese Zuführungen seien kameralistische Ausschnitte. Seine Gemeinde habe also ca. 1 Mio € in 10 Jahren mehr bezahlt, als sie mit Steuern eingenommen hat.

Der Vorsitzende weist darauf hin, in der Zwischenzeit habe der Landkreis viele Aufgaben zusätzlich bekommen (z.B. Grundsicherung, Hartz IV), die dazu beitragen, dass Einsparungen nicht durchgeführt werden konnten. Zum Beispiel sei der Personalstand am Landratsamt in den letzten Jahren trotz steigender Einwohnerzahlen konstant gehalten worden.

Weiter erklärt der Vorsitzende, insgesamt wendet der Landkreis für den schulischen Bedarf brutto 9.990.723 Mio € auf. Der Zuschussbedarf steigt um 560.569 € auf 6.458.149 Mio €. Dazu trägt hauptsächlich der Bauunterhalt für diesen Bereich um 370.700 € gegenüber dem Vorjahr bei.

Der Zuschussbedarf für die Schülerbeförderung verringert sich um 59.300 € auf 968.700 €

Die Heizungs-, Strom- und Reinigungskosten an den Schulen steigen gegenüber dem Vorjahr um rund 122.000 €. Dabei sei zu berücksichtigen, dass es an der Realschule Taufkirchen/Vils eine Erweiterung durch den



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Ankauf und Umbau des alten Rathauses gibt und am Gymnasium Dorfen ebenfalls das Gymnasium erweitert wird.

Bei den Einnahmen und Ausgaben für Gastschulbeiträge ergibt sich eine Verbesserung für den Landkreis gegenüber dem Vorjahr um 74.300 €.

Für die Sozialhilfe ohne Grundsicherung wird 2007 eine Summe von 2.406.008 Mio € veranschlagt. Der Zuschussbedarf für die Sozialhilfe sei damit gegenüber dem Vorjahr um 117.600 € gestiegen. Einer der Gründe für die Steigerung seien die zusätzlichen Kosten von 100.000 € für das ambulant betreute Wohnen in Algasing. Es gibt dazu konkret Anträge, die eingeplant werden müssen.

Der Zuschussbedarf bei der Grundsicherung für Senioren und junge Erwerbsunfähige steigt um 99.500 € auf 973.000 €.

Bei Hartz IV steigt der Zuschussbedarf gegenüber dem Haushalt 2006 um 535.500 €. Insgesamt ergeben sich Kosten für Hartz IV von 4.964.950 Mio €.

Die Kosten für die Jugendhilfe betragen brutto 9.318.665 Mio €. Es habe eine Reduzierung um 245.900 € auf 7.568.865 € erreicht werden können, weil bei der Heimerziehung 151.000 € weniger Ansatz eingeplant und bei der Eingliederungshilfe für Behinderte ebenfalls der Ansatz um 200.000 € niedriger angesetzt worden ist. Bei den Kosten für die Förderung der Kinder in Tagesstätten ergibt sich ein erhöhter Ansatz um plus 70.000 € und für die Inobhutnahmen um 50.000 € mehr.

Für den Unterhalt der 263 km Kreisstraßen wendet der Landkreis 2.154.870 € Mio auf. Der Zuschussbedarf beträgt 1.700.830 Mio € und steigt um 89.900 €, vor allem durch den höheren Aufwand für den Winterdienst und Treibstoffkosten. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer sei dabei noch nicht berücksichtigt.

Für den ÖPNV ergibt sich eine Steigerung von 1.620.930 Mio €. Ursache sei die Einführung eines neuen Konzeptes für das Holzland. Zudem sei bei den Anruflinientaxis ursprünglich geplant gewesen, dass es mehr Einsparungen geben wird. Der Zuschussbedarf steigt aber gegenüber dem Vorjahr um 203.600 €.

Der Haushalt in der Abfallwirtschaft kann 2007 mit 10.506.285 Mio € ausgeglichen werden. Die derzeitigen Gebühren seien für die Jahre 2005 bis 2007 kalkuliert. 2006 und 2007 entstehen Gebührenüberschüsse, die in der Rücklage für Gebührenschwankungen zurückgestellt werden. Sie werden dann, wie geplant, zur Deckung der Kosten ab dem Jahr 2008 verwendet. Die positive Entwicklung der Kosten werde in die Kalkulation eingerechnet und voll zur Verfügung gestellt. Vielleicht werde eine Gebührenreduzierung wirklich möglich.

Als einzige Einzelpläne bringen der Einzelplan 8 (vermietete Gebäude) und der Einzelplan 9 (Allgemeines Finanzwesen) Überschüsse, die zur Deckung des übrigen Haushaltes dienen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Einzelplan 9 umfasst die wichtigsten Einnahmen, die zur Deckung des übrigen Haushalts dienen. Die größten Einnahmeposten seien die Kreisumlage mit reduziert 50,8 % und die Schlüsselzuweisungen mit 9.623.000 Mio €

Die Einnahmen aus dem Anteil der Grunderwerbssteuer wurden 2007 in Höhe von 1.727.000 Mio € veranschlagt. Das tatsächliche Ergebnis sei 1.780.000 Mio €

Die Bezirksumlage sei im Haushaltsentwurf noch mit 20,4 % (17.891.002 Mio €) veranschlagt. Die Senkung der Bezirksumlage auf 19,8 %-Punkte ergibt einen Anteil von 17.364.796 Mio €. Dazu sei eine Tischvorlage ausgeteilt worden.

Die Zuführung zum Vermögenshaushalt sei auf 3,5 Mio € erhöht worden. 2006 sei die Zuführung vereinbarungsgemäß um das Defizit von 202.800 € aus dem Jahr 2005 aus Hartz IV erhöht worden.

2007 müsse der Landkreis für Zinsen 1.576.500 Mio € und Tilgungen 1.366.800 Mio €, insgesamt 2.943.300 Mio € aufwenden.

Der Vermögenshaushalt umfasst 2007 12.881.000 Mio €

Die Errichtung der Integrierten Leitstelle wird insgesamt 1.960.000 Mio € kosten. Für 2007 seien dafür Kosten von 1.180.000 Mio € veranschlagt.

Für die Erweiterung der Realschule Taufkirchen/Vils, einem weiteren Umbau des alten Rathauses, seien Kosten von 259.000 € eingeplant.

Für die Erweiterung des Gymnasiums Dorfen werden Gesamtkosten von 3.634.000 Mio € eingeplant. 2007 sei für die erste Baurate eine Summe von 2.520.000 Mio € eingeplant worden.

Für das Berufliche Gymnasium FOS/BOS sei im Finanzplan 2007 – 2009 ein geschätzter Betrag für die Baukosten von 2.800.000 Mio € eingestellt worden. Davon seien 2007 für die erste Baurate 750.000 € und für den Grunderwerb ebenfalls 750.000 € veranschlagt worden.

Zur Finanzierung des Vermögenshaushaltes sei eine Kreditaufnahme von 5.635.000 Mio € eingeplant.

Der Schuldendienst erhöht sich damit auf 40.981.740 Mio €, das ergibt pro Einwohner 332,38 €. Der Landesdurchschnitt am 31.12.2004 war bei 239,- € pro Einwohner.

Der Vorsitzende teilt weiter mit, in den Vorberatungen seien folgende Beschlüsse gefasst worden:

Sitzung des Bauausschusses am 20.11.2006 – einstimmiger Beschluss: Zusätzliche Einplanung von 250.000 € für die Sanierung der Trinkwasserleitungen im Anne-Frank-Gymnasium,

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Umwelt – einstimmiger Beschluss:

Zuschuss Mädchenrealschule 135.000 €
Inv.Zuschüsse Denkmalpflege 90.000 €

Weitere beschlossene Änderungen:

2.500 € für die Pflege der Außenanlagen am Gymnasium Erding II,
90.000 € für die zusätzliche Beschaffung von Schulbüchern bei der Berufsschule Erding.

Diese Änderungen seien bereits im vorgelegten Haushaltsentwurf berücksichtigt worden.

Sitzung des Strukturausschusses am 04.12.2006:

Die empfohlenen Änderungen:

Deckenbau ED 5 Ortsdurchfahrt Notzing – Anschluss an die ED 7, soll nicht 2009, sondern bereits 2007 durchgeführt werden. Die Gemeinde Oberding hat sich bereit erklärt, diese Maßnahme vorzufinanzieren.

Weiter sei im Investitionsprogramm die Maßnahme ED 12 - Straßenverlegung und Kreuzungsumbau in Isen (Gelände Fa. Meindl) aufzunehmen. Laut Auskunft des Straßenbauamtes kann diese Maßnahme frühestens 2008 durchgeführt werden.

Zwischenzeitlich haben sich noch weitere Änderungen ergeben:

Beim Zweckverband Geowärme Erding könne 2008 der eingeplante Investitionskostenzuschuss von 100.000 € auf 50.000 € reduziert werden. Im Jahr 2009 könne der eingeplante Investitionszuschuss von 100.000 € aufgrund der sehr guten Betriebsergebnisse ganz gestrichen werden.

Kreisrat Reingruber erinnert, er habe bereits in den letzten Haushaltsberatungen immer wieder gefragt, ob die Möglichkeit besteht, die Rücklage DSD mit ca. 400.000 € aufzulösen. Weiter möchte er wissen, ob es eine Aufstellung über die Haushaltsausgabenreste gibt und ob es möglich sei, den einen oder anderen Posten, „der so dahinschlummert“, aufzulösen. Dies wären zwei Möglichkeiten, den Verwaltungshaushalt zu verringern.

Der Vorsitzende antwortet, der Gewerbebetrieb für DSD könne nicht aufgelöst werden, weil nach wie vor der Betrieb für den Bereich PPK, Glas und die Bereitstellung der Containerflächen auf den Recyclinghöfen und die Abfallberatung in dem Bereich besteht. Diese Rücklage sei auch notwendig, um Verluste ausgleichen zu können.

Herr Schmittner merkt an, es sei wichtig, den Betrieb weiter zu führen, weil somit der Vorsteuerabzug geltend gemacht werden kann. Zudem befürchtet er, dass DSD versucht, die Verträge, die bis 2009 gelten, nach unten zu drücken und dann das Defizit größer werden wird.

Der Vorsitzende sichert zu, bis zur Kreistagssitzung dies aufzubereiten.

Herr Eixenberger weist darauf hin, dass der Prüfer, der demnächst im Amt sein wird, dazu sicher Auskunft geben kann, ob eine Auflösung dieser Rücklagen sinnvoll wäre.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Becker merkt noch bezüglich der Bemühungen, unter 50 % bei der Kreisumlage zu kommen, an, der bereits angesprochene Antrag der CSU-Fraktion sieht vor, dass in Zukunft wieder so verfahren werden soll, und eine Senkung der Bezirksumlage auch an die Gemeinden weitergegeben werden soll. Vielleicht sei es schon im nächsten Jahr möglich, wenn die Bezirksumlage vielleicht wieder um 2 % gesenkt wird, unter die 50 % zu kommen.

Der Vorsitzende warnt davor, schon mit Senkungen im nächsten Jahr zu rechnen. Erhöhungen und Minderungen werden entsprechend weitergegeben und das sollte auch künftig wieder so gehandhabt werden.

Kreisrat Reingruber verweist weiter auf die Grafik Seite 60 im grünen Band des Haushaltsentwurfs bezüglich „Voraussichtl. Entwicklung des Schuldenstandes“ hin, wonach sich bis 2007 eine Steigerung ergibt und 2008, 2009 und 2010 der Schuldenstand sinkt. Sein Vorschlag wäre, den Schuldenstand in der Grafik in den Jahren beizubehalten.

Weiter möchte Kreisrat Reingruber auf Seite 696 „Stellenplan tariflich Beschäftigte 2007“ wissen, warum sich der Stellenplan so deutlich erhöht.

Herr Eixenberger antwortet, Hauptgrund seien die Mitarbeiter der Integrierten Leitstelle, die im Stellenplan mit enthalten seien. Auf Seite 63 im grünen Band des Haushaltsentwurfs sei erläutert, wie sich der Stellenplan darstellt. Allerdings sei die momentane Situation nicht erläutert.

Kreisrat Becker meint, das könnte durch eine Fußnote erklärt werden.

Der Vorsitzende ergänzt, die Altersteilzeit macht dabei auch einen Teil aus. Er berichtet, Herr Weber vom Sachgebiet 30, befindet sich seit kurzem in Altersteilzeit. Einen Teil des Sachgebietes (Brand- und Katastrophenschutz, Kaminkehrerwesen und Integrierte Leitstelle) wird Herr Steinkirchner übernehmen. Herr Mittermüller vom bisherigen Sachgebiet 34 wird zum bisherigen Aufgabengebiet den Rest des Sachgebietes 30 (Öffentl. Sicherung und Ordnung, Jagd- und Fischerei, usw.) dazunehmen. Somit habe ein Sachgebietsleiter eingespart werden können.

Herr Eixenberger wünscht, über die vorgelegten Freiwilligen Leistungen einen extra Beschluss zu fassen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben bringt **der Vorsitzende** folgende Beschlüsse zur Abstimmung:

KA/0326-08

Die in der vorgelegten Zusammenstellung aufgeführten Freiwilligen Leistungen werden entsprechend der im Haushaltsentwurf 2007 veranschlagten Höhe bewilligt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

KA/0327-08

Dem Kreistag wird empfohlen

1. das Investitionsprogramm durch Beschluss festzustellen,
2. den Finanzplan 2006 – 2010 zu genehmigen,
3. den Stellenplan 2007 zu genehmigen,
4. die Kreisumlage 2007 mit einem Umlagesatz von **50,8 % festzusetzen,**
5. den Haushaltsplan 2007 und die Haushaltssatzung 2007 zu erlassen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

5. Bekanntgaben und Anfragen

Hierzu ergeben sich keine Wortmeldungen. Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreisausschusses um 16.05 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL